Ansätze eines gewerkschaftlichen Krisenmanagements angesichts der leeren Kassen und der Krise überall

Autor(en): **Ackermann, Ewald**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **84 (1992)**

Heft 4

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

EDITORIAL RUNDSCHAU

Ansätze eines gewerkschaftlichen Krisenmanagements angesichts der leeren Kassen und der Krise überall

Das ist das Verflixte an der aktuellen Krise: Sie verschlimmert sich von Tag zu Tag, es besteht zu wenig Bereitschaft von Staates wegen, ihr zu begegnen und: dieser, bzw. die Bürgerlichen, die ihn verwalten, rechtfertigt mageres Tun mit dem Leck in den Kassen. Dass da, wo die Gelder spriessen sollten, nun Leere gähnt, spornt einen Teil dieser Bürgerlichen auch dazu an, am sozialen Schutz abzustreichen. Oder diese Tatsache dient zumindest als willkommene Legitimation für solches Tun. Das muss die Gewerkschaften doppelt, gar dreifach herausfordern. Sie müssen nicht nur das Programm eines Krisenmanagements erarbeiten, sie müssen dieses auch in der Öffentlichkeit verteidigen, seine Wirksamkeit offensichtlich machen und dabei in Kauf nehmen, dass nicht alle wünschbaren Ziele gleichzeitig erreicht werden können. Was konkret heisst: jetzt hat der Staat, jetzt haben die öffentlichen Gemeinwesen zuerst einmal mittels Investionsprogrammen die Krise zu bekämpfen. Das Ziel ausgeglichener Haushalte sei nicht aufgehoben, wohl aber aufgeschoben.

Leere Kassen überall. Krise überall. Müssen die Gewerkschaften da zurückstehen, müssen sie neue Konzepte eines Krisenmanagementes entwickeln? Diese Frage stellte ich mehreren GewerkschafterInnen, auf unterschiedliche Ebenen bezogen. Als da etwa wären: die Politik des SGB allgemein und auf parlamentarischer Ebene, die Vertragspolitik, die Politik gegenüber den öffentlichen Haushalten als Arbeitgeber und zuletzt der kleine Handlungsspielraum, der aktiven GewerkschafterInnen offenbleibt, wenn sie neue und nicht durch die Mühlen der Gremien gewundene Ideen lancieren wollen. Was im vorliegenden Heft herausschaut: kein geschlossenes Konzept, sondern ein Potpourri unterschiedlicher Meinungen und Vorschläge, ein Anfang, nicht ein Ende der Diskussion. Dass dabei Einigkeit über die Notwendigkeit von Investitionsprogrammen herrscht, erleichtert die öffentliche Position der Gewerkschaften nicht unbedingt.

Einigkeit herrscht nämlich auch bei den meisten Wirtschaftspublizisten, die vorgeben, unabhängig und vorurteilsfrei zu denken und entsprechend in den Medien zu texten. Da werden, weil es ihnen vor einiger Zeit Professoren so beigebracht haben, von vorneherein Interventionen des Staates zur Wirtschaftsbekämpfung, und wie gar Investitionsprogramme, abgelehnt. Wirtschaftschaftsjournalisten schreiben voneinander ab, was sie für unumstössliche Wahrheit halten: dass staatliche Spritzen letztlich nichts fruchteten. Und diejenigen, die mal gelernt haben, dass man Behauptungen mit Belegen bekräftigen sollte, verweisen, auch da voneinander abschreibend, auf die Nutzlosigkeit entsprechender Anstrengungen in den 70er Jahren.

Wenn Wirtschaftsjournalisten Einseitiges und Falsches wiederkäuen, dann soll dieser Vorwurf hier allerdings von keinen internen Blössen ablenken. Die Gewerkschaften haben programmatisch noch vieles feinzuschleifen, in der Praxis dann noch mehr durchzuziehen. Die vorliegende Rundschau bietet dazu vielleicht eine kleine Hilfe.

Ewald Ackermann